

folche Fortschritte gemacht, wie in den Wochen, seitdem wir uns des sozialistischen Regimes erfreuen, das doch die Aufnahme des wirklich gleichberechtigten Deutschlands in den Kreis der Nationen bringen sollte. Daß uns der Kriegsdächtigungsakt keine Erleichterung bringen wird, ist vorauszusetzen. Er, der so freudig von unseren amtlichen Stellen begrüßt wurde, ist nichts wie ein amerikanischer Wahihumbug, der noch dazu von den Franzosen und Engländern gehörig verwässert worden ist. Der Verteidigungs-

krieg ist also auch nach dem Kelloggspakt in seiner endgültigen Form gestatt. Daher hat noch jeder Staat nur „Verteidigungskriege“ geführt, wie auch das Beispiel von 1914 zeigt. Man darf es eigentlich nicht laut sagen, aber es ist trotzdem die Wahrheit: jedes Volk gibt sich auf, das nicht die Entscheidung über Krieg und Frieden sich selbst vorbehält. Diese Praxis werden weiter alle Völker üben, die im Besitz von Machtmitteln sind. Und keine Kriegsdächtig wird etwas daran ändern.

Sowjetrussischen Hilfsexpedition im Ozean, Samowitka, den Vorschlag gemacht, mit der russischen Hilfsexpedition zusammenzuarbeiten. Sie sind bereit, zwei kleine Seeflugzeuge zu verladen, müssen aber dazu zunächst noch die Genehmigung der schwedischen Regierung einholen.

Sachsens Gründe gegen die Steuerfenkung.

Großer Steuerausfall und keine Erleichterung für den Steuerzahler.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet eine Mitteilung, in der eingehend die ablehnende Haltung der sächsischen Regierung im Reichsrat gegen die Lohnsteuerfenkungsvorlage begründet wird. Es heißt darin:

„Bringen die durch das neue Gesetz gewährten Steuerermäßigungen für den einzelnen Steuerpflichtigen und hier insbesondere wieder bei den kleineren und mittleren Einkommen keine irgendwie fühlbare Erleichterung, und wirken sie bei der Benachteiligung der Kinderreichen geradezu unförmlich, so haben sie doch in ihrer Gesamtheit einen erheblichen Steuerausfall zur Folge, für den die Länder irgendwelcher Ersatz nicht geboten wird. Insbesondere läßt sich zur Zeit auch noch in keiner Weise sagen, ob und inwieweit ohne die Steuerermäßigungen etwa gegenüber dem Voranschlag mit einem höheren Lohnsteuerausfall für das Rechnungsjahr 1928 gerechnet werden kann, das den Ländern einen gewissen Ausgleich für den Ausfall infolge der Steuerermäßigungen bieten könnte. Bei den Nichtlohnempfängern würde jedenfalls schon ohne die Ermäßigungen gegenüber dem Voranschlag 1928 mit einem Ausfall zu rechnen sein, und voraussichtlich werden auch die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer den veranschlagten Ertrag nicht voll erreichen. Auch hier also statt eines Ausgleichs möglicherweise ein weiterer Ausfall.“

Unter diesen Umständen ergab es sich für die sächsische Regierung von selbst, daß sie im Interesse des Landes gegen das unter Ausschaltung der Rechte der Länder zustande gekommene neue Gesetz im Reichsrat Einspruch erheben mußte. Bei dieser Sachlage war es für die sächsische Regierung erlässlich, zur Frage einer Steuererleichterung selbst Stellung zu nehmen. Demgemäß bedeutet die jetzige Haltung der sächsischen Regierung keineswegs die Ablehnung einer wirklichen

Steuererleichterung für die wirtschaftlich Schwachen. Das neue Gesetz bringt eine solche Erleichterung nicht.“

Die Verlautbarungen der Regierung stimmen mit der Ansicht überein, die im „E. V.“ bereits zum Ausdruck kam. Der vorausgesetzte Kamauß der Linkspresse hat sich prompt eingestellt. Obwohl gerade diese Presse auf die Unzulänglichkeit und Unführbarkeit der Steuerfenkung hingewiesen hatte, kann sie es jetzt nicht unterlassen, über die Regierung herzufallen. In dieser Gesellschaft befindet sich auch der sächsische Ableger der Berliner Ulsteinpresse, der mit schwerem Geschick gegen den Ministerpräsidenten Helldt vorgeht. Ihm wird Ferien-Diktatur vorgeworfen, und es wird gedroht, die Regierung durch ein Misstrauensvotum aufzulösen zu lassen. Zu diesem Zwecke soll der Landtag schleunigst einberufen werden. Ob die sächsischen Demokraten auf den Berliner Leim kriechen werden? Wir hoffen, daß sie nicht gewillt sind, sich der Ulstein-Diktatur zu unterwerfen, sondern daß sie die vernünftige Haltung der Helldt-Regierung anerkennen. Die Berliner können ihren Stuhl in Berlin machen, wir in Sachsen lehnen es ab, uns von dort aus beunruhigen zu lassen. Die Steuerfenkung, wie sie nun durchgeführt wird, ist unförmlich, trotz aller Fansaren der Linken. Sie ist ein Bruch von Treu und Glauben, den sich das Reich den Ländern gegenüber gestattet. Im übrigen werden die Länder das Steuerminus, das sie zu drei Vierteln trifft, anderweit aufbringen müssen. Es wird in irgend einer Form auf die Bevölkerung umgelegt werden müssen, wobei eine neue Belastung des Konsums nicht zu vermeiden sein wird.

Der „Kraffin“ reparaturbedürftig.

Rostau, 20. Juli. Die Reparatur des „Kraffin“, dessen Steuerruder beschädigt ist, muß in einem norwegischen oder schwedischen Hafen ausgeführt werden. Der Flieger Thugnowski wird in Kings Bay bleiben, um sein Seeflugzeug in Stand zu setzen und Probeflüge vorzunehmen. Die „Citta di Milano“ wird am Sonnabend nach Norwegen auslaufen. Sie wird nach ihrer Rückkehr mit dem „Kraffin“ zusammenarbeiten.

De unfähige Parlamentarismus.

Verfegelte Parlamentarismus.

Kairo, 20. Juli. In dem Schreiben des Ministeriums an den König heißt es, daß parlamentarische Regime sei ein Instrument der Unterdrückung und des Despotismus in den Händen einer kleinen Gruppe geworden, die von einer Mehrheit unterstügt wird, die zu schmeicheln und zu befrüchtigen sie gezwungen ist. Das parlamentarische Regime ist unfähig geworden, Reformen durchzuführen. Das Kabinett fand keine Alternative, als sich darauf zu konzentrieren, das Land von diesen Parteinflüssen zu befreien. Da das Parlament in seiner gegenwärtigen Form die Erreichung einer normalen Lage nicht begünstigt, die von dem Lande so herzlich ersehnt wird, darf es kein Hindernis zur Erreichung dieses Zieles darstellen. Das Ministerium hielt es daher für unumgänglich, daß die Kammern aufgelöst und die Wahlen bis zu dem Zeitpunkt vertagt werden, zu dem man hoffen darf, daß sich die Nation in ihrer wahren Ansicht ausdrückt. Das Schreiben erwähnt die Notwendigkeit der Errichtung eines stabilen Regimes, um die Einigkeit im Lande wieder herzustellen und um das Land zu befähigen, für die Sache seiner Unabhängigkeit einzutreten, um dadurch alle Bestrebungen zu erfüllen. Während der Aufhebung des Parlamentes werde das Ministerium es übernehmen, eine Herrschaft der Gerechtigkeit herzustellen, die Gleichheit zu sichern, die Freiheit innerhalb der Grenzen des Gesetzes aufrecht zu erhalten und ihre Form durchzuführen, die solange von dem Lande erwartet wurden.

Die Tore des Parlamentsgebäudes wurden heute von der Polizei verriegelt. Wachen stehen vor dem Gebäude. Es herrscht Ruhe.

Das alles könnte auch eine Kritik des deutschen Parlamentarismus sein. Leider ist bei uns die Abschaffung der unfähigen Einrichtung nicht so einfach wie in Ägypten. — E. V.

Als sich der frühere Premierminister Rañas-Pascha heute mit Mitgliedern der nationalistischen Partei nach Tan-tah begab, wo zu Ehren der Parteileitung ein Festessen in kleinem Kreise stattfand, kam es zu Zusammenstößen zwischen den Volksmassen und der Polizei, die mit Steinen beworfen wurde. Rañas-Pascha kehrte später nach Kairo zurück.

Sorgen in Mexiko.

London, 20. Juli. In mexikanischen Regierungskreisen besteht ernste Sorge über die Haltung des Generals Escobar, der sich geweigert hat, ein Telegramm des Kriegsministeriums zu beantworten und gewisse Truppenverschiebungen entgegen den Anweisungen des Kriegsministers vornimmt. Es heißt weiter, daß Teile der Landbevölkerung im Staate Hidalgo einen Aufstand gemacht haben. Ferner sollen die Queretaro- und Hidalgo-Indianer, die über die Ermordung General Obregons in große Aufregung geraten sind, die Arbeiterquartiere mehrerer Dörfer angegriffen und Arbeiterführer getötet haben.

Krieg gegen Konnen.

Mexiko, 20. Juli. 20 Nonnen von Guadalupe, wo der „wundertätige Schrein unserer lieben Frau von Guadalupe“ steht, wurden verhaftet. Ihr Kloster wurde geschlossen. Sie wurden beschuldigt, im geheimen die Religionsgesetze zu verletzen zu haben.

Pleite des Mandatsystems in Samoa.

Wellington (Neuseeland), 20. Juli. In dem Jahresbericht über Westsamoas (die ehem. deutsche Kolonie) wird über die Lage des Mandatsgebietes ausgeführt: Der Rück-schritt des Gebietes ist auf die Tätigkeit des „Mau“, das ist die von Deutschen organisierte Liga für Samoaner, zurückzuführen. Die Plantagen der Eingeborenen wurden vernachlässigt, die Versicherungen durch den Kolonialminister sind ernst. Die Erziehungs- und Wohlfahrtsarbeiten wurden durch Störung der Gesundheitskontrolle und durch Unterbrechung der Kinderpflege behindert. Die neuseeländische Regierung erklärt, sie müsse, wenn die Politik der wachsenden Mulduna fehlschlagen sollte, zu energischen Maßnahmen einschreiten.

Konfliktgefahr zwischen Japan und China

London, 20. Juli. Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat die Regierung nun mitgeteilt, daß der zwischen beiden Ländern im Jahre 1896 abgeschlossene Vertrag aufgehoben ist und daß von jetzt ab auch für die Japaner die neuen Bestimmungen für die Ausländer in China Anwendung finden. Wie verlautet, wird die japanische Regierung diesen Schritt der Rankingregierung ablehnen.

Schanghai, 20. Juli. In Tsinganfu kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer japanischen Abteilung und einer Gruppe Soldaten der regulären chinesischen Armee. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Berlin, 20. Juli. Gegenüber der Meldung, wonach die Insel Rügen mit dem Festlande durch einen Damm verbunden werden soll, ist zu sagen, daß an eine Bewilligung der dazu notwendigen Summe vorläufig nicht zu denken ist.

Berlin, 20. Juli. Das Appellationsgericht in Edinburgh, das heute die Entscheidung im Berufungsverfahren gegen den Deutschen Oskar Slater bekannt gab, hat einstimmig beschlossen, das gegen Slater vor 20 Jahren gefällte Urteil auf lebenslängliches Zuchthaus aufzuheben.

Hindenburg besucht die Flotte.

Berlin, 20. Juli. Der Reichspräsident trifft am 8. August zu einem Besuch der Flotte in Kiel ein. Er wird an Bord des Linienkreuzers „Schleswig-Holstein“ Schiffsübungen beoachten und am Abend die Rückreise nach Berlin antreten.

Das Schachergeschäft.

Paris, 20. Juli. Zu den Erklärungen Chamberlains im Unterhaus über die Räumung des Rheinlandes schreibt Deure: Es ist etwas Verwirrung in den Ländern der früheren Alliierten entstanden. Vielleicht werden diese Länder gut daran tun, miteinander zu verhandeln. Die zweite Zone muß im Januar 1930 und die letzte Zone ohne Gegenleistung im Jahre 1935 geräumt werden. Wenn man aus unserem Pfand noch materielle oder moralische Vorteile ziehen will, dann wird es höchste Zeit, sich zu verständigen. — Chau-lois meint: Die aufmerksame Prüfung der Ausführungen Chamberlains im Unterhaus bestätigt den festen Willen der englischen Regierung, ihre Truppen am Rhein nicht zurückzuziehen, bevor konkrete Vorschläge von den interessierten Parteien gemacht worden sind. Offenbar ist es Sache Deutschlands als hauptsächlich interessierter Macht, die Initiative zu ergreifen. Es genügt nicht, die Räumung durch eine Rede zu fordern, man muß vielmehr auf diplomatischem Wege etwas zum Ausgleich anbieten, das sich um ein Unterpfand handelt, dessen vorzeitige Preisgabe Frankreich, das auf Reparationen Anspruch hat, der Gefahr aussetzt, die Kosten des Krieges ohne die geringste Garantie gegen einen neuen Angriff allein zu tragen.

Das Sängerkfest in Wien.

Wien, 20. Juli. Heute mittag fand in der Sängerkhalle die erste der drei Hauptaufführungen des 10. Deutschen Sängerkbundes statt. Dirigenten waren Professor Reiborfer und Professor Wohlgenuth-Leipzig. Der Klang der Richard Strauß'schen „Fanfaren“ leitete die Feier ein, worauf in Gesammtchor, darunter die Gruppen der Auslandsvereine aus Afrika, Amerika und Australien, Lieder von Franz Schubert und anderen Komponisten zum Vortrag brachten. Darauf hielt der Präsident des Deutschen Sängerkbundes, Friedrich List, die Festansprache.

Wien, 20. Juli. Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld begrüßte heute bei einem Tee in der Gesandtschaft die namhaftesten Teilnehmer am 10. Deutschen Sängerkbundesfest. Etwa 400 Sänger waren der Einladung gefolgt, darunter neben den Mitgliedern des Hauptverbandes und des Wiener Ausschusses die Vorstände der großen Wiener und der reichsdeutschen Gesangsvereine, vor allem auch Vertreter der deutschen Gesangsvereine aus dem näheren und weiteren Auslande, so aus Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, aus Nord- und Südamerika und aus Windhof. Viele von ihnen haben die einjährige Urlaubszeit, die ihnen ihr Beruf gewährte, benutzt, um trotz der mehrwöchigen Reise an dem Sängerkfest teilzunehmen zu können. Unter den Gästen des deutschen Gesandten bemerkte man ferner zahlreiche Bürgermeister deutscher Städte.

Unter den Ehrengästen bei der ersten Hauptaufführung in der Sängerkhalle heute mittag befanden sich vom diplomatischen Corps außer dem deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld noch der türkische Außenminister, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, ferner der spanische, der japanische, der argentinische Gesandte, der ungarische Geschäftsträger sowie ein Vertreter der jugoslawischen Gesandtschaft, ferner der Reichsaußenminister Sefering.

Wien, 21. Juli. Reichstagspräsident Loebe ist gestern Abend zur Teilnahme am Deutschen Sängerkfest hier eingetroffen.

Leichte Unfälle auf dem Sängerkfest.

Aus Wien wird gemeldet: Die Feststimmung während der Sängerkfesttage hat einige, wenn auch nicht allzu schwere Unfälle zur Folge gehabt. Sie ereigneten sich meistens bei Nacht. Der einzige schwere Unfall betraf einen 66jährigen Sänger Steinmetz August Wenzel aus Schönbühl bei Walfersdorf in Sachsen. Er stürzte in seinem Quartier aus einem Fenster im ersten Stockwerk auf die Straße und erlitt Verletzungen an Oberarm und schwere Verletzungen im Gesicht und am Ellenbogen. — Der 61jährige Strumpfwirker Franz Richard von Wolfersdorf aus Limbach in Sachsen fiel nachts schlaftrunken von der Bank. Er wurde mit Gesichtsverletzungen in ein Krankenhaus gebracht. — Straßenbahnunfälle ereigneten sich der Oberpostsekretär Karl Adolf Schulze aus Sachsen, und zwar einen Knöchelbruch, sowie der Fischer Max Gröschel aus Zella-Mehlis, der Gesichts- und Kopfverletzungen davontrug. — Beim Begräbnisabend in der Sängerkhalle mußte die Rettungswache in 18 durchweg leichteren Fällen eingreifen.

Wendung im Spionagefall Ludwig.

Berlin, 20. Juli. In dem Fall des verhafteten Regierungsbaumeister Ludwig, gegen den der Verdacht der Luftspionage zugunsten Sowjetrusslands besteht, ist eine neue Wendung eingetreten. Es hat sich herausgestellt, daß der Brief, der Ludwig 14 Tage nach seiner Berliner Ueberlieferung in die Sowjetbotschaft rief, gefälscht war. Ludwig bestreitet nach wie vor, sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht zu haben. (Die ganze Sache ist sehr dunkel, wie alles, was mit Sowjetrussland zusammenhängt. E. V.)

Graf Bethlen wird deutlich.

Budapest, 20. Juli. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte im Oberhaus zum ungarisch-rumänischen Optantenstreit, die ungarische Regierung werde noch einen letzten Versuch machen und in den nächsten Tagen auf diplomatischem Wege der rumänischen Regierung ein neues Angebot zur Beilegung des Konfliktes unterbreiten, wobei aber betont werden müßte, daß kaum eine Hoffnung auf Beilegung des Konfliktes besteht. Graf Bethlen könne, wie er weiter ausführte, die Erklärungen Chamberlains zur Optantenfrage nur in dem Sinne interpretieren, daß der Völkerverbund die beiden Parteien auf den Weg direkter Verhandlungen verwies. Unter minutenlang anhaltendem Beifall des ganzen Hauses schloß Graf Bethlen mit den Worten: Wenn der Trianonvertrag durch den Völkerverbund nicht eingehalten werde, dann werde der Vertrag auch für Ungarn nicht mehr bindend sein.

Mussolini weiß von nichts.

Oslo, 20. Juli. Der italienische Gesandte erklärte einem Vertreter des Dagbladet, die Expedition Nobiles habe einen durchaus privaten Charakter gehabt. Sie sei von der Stadt Mailand ausgegangen, und das nötige Kapital sei durch eine Sammlung aufgebracht worden. Mussolini habe niemals, wie vielfach behauptet, Befehl erteilt, eine Fahne am 24. Mai, dem Tage des Kriegseintritts Italiens, am Pol herabzuwerfen, er habe auch niemals die Ausführung des Unternehmens selbst angeordnet. Solche Behauptungen seien unsinnig.

Verzögerte Hilfsmassnahmen.

Rostau, 20. Juli. Wie von Bord des „Kraffin“ gemeldet wird, haben die schwedischen Flieger dem Leiter der

Reich mit D...
schmer...
geplan...
möglich...
B...
bowa...
sein...
Berfl...
W...
Kuff...
ten...
der...
ersch...
B...
Koh...
hat...
welter...
die...
W...
W...
wurde...
gepl...
M...
neten...
nant...
Berg...
bigung...
B...
aus...
ber...
sch...
F...
flieger...
Budap...
von...
fahr...
gehe...
plah...
größ...
Hotel...
bild...
fand...
i...
bei...
fühnen...
Beran...
Sonna...
in...
vorge...
Am...
Hünef...
Ucauff...
Über...
*...
minis...
ner...
dieser...
schaft...
fälle...
Insb...
durch...
durch...
glück...
kammer...
trag...
kommen...
Beru...
bahn...
Stellu...
berath...
licht...
Au...
Juli...
Auf...
urspr...
diese...
bereits...
nur...
und...
rück...
gibt...
auf...
bez...
ordn...
fällig...
ge...
Juli...
erm...
Sch...
S...
Meist...
Steno...
getro...
des...
stell...
daß...
der...
Feri...
Tätig...
an...
Micha...
wosu...
Unter...
keller...
20...
des...
/pred...
heim...
an...
ein...
länge...
Sch...
dieser...